

Klimakollaps abwenden? Das geht nur mit Verzicht und Verbrauchsreduktion

Anfang Dezember wandte sich die OECD, genauer: ihr Umweltreferat, mit einem [dramatischen Appell](#) an die Öffentlichkeit. Berichtet wurde darüber so gut wie nicht. Die neueste Forschung, etwa das Hothouse Earth Paper aus dem Jahr 2018 und eine Nachfolgepublikation aus dem Jahr 2022, zeige, so die OECD, dass das Klima bereits bei deutlich tieferen Temperaturen als bislang angenommen, nämlich bereits bei einem Temperaturzuwachs von 1,5 Grad, kippen könnte. Dafür gebe es, schrieb die Direktorin des Umweltreferats der OECD, Jo Tyndall, im Vorwort, „unbestreitbare Belege“. Doch reiche die bisherige Klimapolitik „bei weitem nicht aus, um die gefährlichen Auswirkungen des Überschreitens von Klimakippunkten zu vermeiden“.

Zu diesen Kippunkten gehören das Abschmelzen des Westantarktischen Eisschildes sowie des Grönlandeises, das Absterben des Amazonas-Regenwaldes, der zu versteppen droht oder der Ausfall der Atlantischen Umwälzströmung (AMOC), zu der auch der Golfstrom zählt. Damit würden unaufhaltsame Dynamiken mit „desaströsen“ Folgen für unsere Gesellschaft und sogar für das nackte Überleben der Menschheit in Gang gesetzt. Schlimmer noch, das Überschreiten eines dieser Kippelemente könnte kaskadenartig zum Auslöser des nächsten werden, etwa des Auftauens der arktischen Permafrostböden. Diese bergen etwa doppelt so viele Treibhausgase wie derzeit in der Atmosphäre vorhanden sind. Und dann gäbe es kein Halten mehr.

Eine über einen Schwellenwert erhitzte Welt würde, wie [Hans Joachim Schellnhuber](#) kürzlich festhielt, uns weiter in eine 4 Grad oder noch heißere Welt katapultieren und „das Ende der menschlichen Zivilisation“ einläuten. Nach Einschätzung von Klimawissenschaftlern wie Will Steffen und [Johan Rockström](#) läge die Tragfähigkeit einer derart erhitzten Erde bei einer halben oder einer Milliarde Menschen. Der Rest würde verhungern, verdursten oder den Hitzetod sterben. Von den sich daraus ergebenden bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen um die verbleibenden, nicht ausgetrockneten und versteppten, nicht überschwemmten, nicht überhitzten Habitate ganz zu schweigen.

Drastische Maßnahmen gegen Klimawandel erforderlich, aber der Mut fehlt

Um das Schlimmste doch noch abzuwenden, müssten „drastische Maßnahmen“ ergriffen werden, forderte die OECD. Und zwar angesichts des sich „rasch schließenden Zeitfensters“ hier und jetzt. Innerhalb dieser Dekade müsste das „Netto-Null-Ziel“ durch „rasche und tiefe Emissionsreduktionen“ erreicht werden. Sonst drohe die Menschheit den „Punkt ohne Wiederkehr“ zu überschreiten. Bezüglich der „drastischen Maßnahmen“ fällt der Bericht der OECD allerdings äußerst dürftig aus. Man solle eben „damit fortfahren, neue Lösungen zu entwickeln“. Man müsse einfach „größere Anstrengungen“ dabei unternehmen, auf „alternative Energieträger umzusteigen“ und „emissionsarme Energiequellen einzusetzen“. Statt auf ursachengerechte Maßnahmen der „Abmilderung“ der Erderwärmung konzentriert sich der Bericht einerseits auf die Kohlenstoffabscheidung, die im gegebenen Zeitrahmen

großflächig zu installieren allerdings vollständig unrealistisch ist. Zum anderen auf Maßnahmen der Anpassung – und man fragt sich: des verbleibenden Teils der Menschheit? Nur mit Blick auf die Anpassung an die dräuende Klimakatastrophe seien Maßnahmen erforderlich, die zu einer „Disruption der derzeitigen wirtschaftlichen und sozialen Systeme“ führten.

Bei der Lektüre des Textes gewinnt man den Eindruck, die Autoren hätten sich ständig darin zügelnd müssen, das schlimme Unwort „degrowth“ in den Mund zu nehmen. Denn damit hätten sie gegen die OECD-Konvention verstoßen, die die Orientierung an „nachhaltigem Wirtschaftswachstum“ vorschreibt. Nur an einer Stelle findet sich ein zarter Hinweis auf an sich doch naheliegende Verbrauchsreduktionen. Die unleugbaren Herausforderungen bei der Emissionsreduktion auf dem gegenwärtigen Niveau des Energie- und Ressourcenverbrauchs würden „die Wichtigkeit nachfrageseitiger Minderungsmaßnahmen“ unterstreichen. Doch werden hierunter neben Maßnahmen der Steigerung der Energieeffizienz nur individualistische „Verhaltensänderungen“ ins Auge gefasst, die üblicherweise unter dem Stichwort „Suffizienz“ kursieren.

Selbstverständlich sind diese der Herausforderung gegenüber ganz und gar unangemessen, schon allein, weil wir je einzeln nicht sicher gehen können, dass unser mehr oder minder schmerzhafter Beitrag nicht wirkungslos verpufft. Darum gibt es ja den modernen, demokratischen Rechtsstaat. Individuell betriebene Verbrauchsreduktionen mögen dabei helfen, das Exzessive (z. B. Fernflüge) und Unnötige (z. B. bei laufendem Motor parken) zu vermeiden. Aber nicht dabei, die gigantische ökonomische Megamaschine aufzuhalten, die sich immer weiter in den Planeten hineinfrißt.

Dieser Artikel ist für Sie kostenlos. Unabhängiger und kritischer Journalismus braucht aber Unterstützung. Wir freuen uns daher, wenn Sie den Freitag abonnieren und dabei mithelfen, eine vielfältige Medienlandschaft zu erhalten. Dafür bedanken wir uns schon jetzt bei Ihnen!

Nichts ist klimapolitisch wirksamer als die Verbrauchsreduktion

Unterdessen werden Klimaminister Robert Habeck ebenso wie Bundeskanzler Olaf Scholz nicht müde zu beteuern, dass der Weg hin zur „Klimaneutralität“ ohne Einbußen bei „Wohlstand und Reichtum dieses Landes“ erreichbar sei. Mehr noch, dieser Weg sei der Sicherung und sogar der Steigerung des erreichten Wohlstandsniveaus, die keine Grenze kennt, geradezu dienlich. Die „Versorgungssicherheit“, die derzeit zu gewährleisten nur wegen des vom Rohstoffgiganten Russland losgetretenen Krieges schwierig ist, sei für jedes Wohlstandsniveau problemlos in „klimaneutraler“ Weise herstellbar. Es fragt sich allerdings, wessen Wohlstand zu sichern ist. Das Ressourcen- und Energieverbrauchslevel des SUV-Fahrers, Vielfliegers und Villenbesitzers ebenso und im gleichen Maße wie dasjenige der Niedriglohnbezieherin? Nach Berechnungen des an der Universität Leeds forschenden jungen Ökonomen [Yannick Oswald](#) beanspruchen die reichsten zehn Prozent der deutschen Haushalte etwa so viel Energie wie die ärmsten 40 Prozent. Würde dieses oberste Dezil der Wohlhabenden sich mit dem durchschnittlichen Niveau des in Deutschland erreichten, zweifelsfrei sehr hohen Wohlstands zufriedengeben, könnten 26 Prozent des Energiebedarfs der deutschen Haushalte sofort eingespart werden. Keine Maßnahme wäre klimapolitisch wirkungsvoller als so eine Verbrauchsreduktion. Doch politisch ist sie Anathema, ja geradezu tabuisiert. Dabei bietet sie offenbar die einzige Chance, das heroische Ziel mindestens der Halbierung der Emissionen bis 2030 doch noch zu stemmen.

Wobei ein historischer Großverursacher wie Deutschland, der als mittelgroßes Land auf [Rang sechs](#) oder gar, ohne die Abholzungen in Indonesien und Brasilien zu berücksichtigen, auf Rang vier steht, eigentlich deutlich vorangehen müsste. Nach Berechnungen des [Sachverständigenrates für Umweltfragen](#) hätte Deutschland ohne Berücksichtigung seiner historischen Verantwortung bis 2031 Zeit, um Null-Emissionen zu erreichen. Dazu müssten die Emissionen jedes Jahr in der Größenordnung von 10,8 Prozent des gegenwärtigen Niveaus reduziert werden. Wenn Deutschland dies unterlässt, müssen entweder andere Länder ihre Emissionen überproportional stärker reduzieren – oder die globalen Klimaziele werden halt verfehlt.

Illusionen der Dekarbonisierung

Selbstverständlich ist eine Dekarbonisierung des gigantischen Produktions- und Konsumniveaus in der noch zur Verfügung stehenden Zeit vollständig illusorisch. Dies ergibt sich bereits daraus, dass eine ganze Armee an Fachkräften erforderlich wäre, um diese Herkulesaufgabe zu stemmen. Allein für den Bereich der viel zu zaghaft angegangenen Gebäudesanierung tut sich eine Lücke von [350.000 Beschäftigten](#) auf. Es wird einfach nicht möglich sein, mindestens die Hälfte der rund 1,2 Milliarden Autos, die derzeit durch die Welt fahren und durch ihren Verbrauch für etwa 11 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich sind, innerhalb dieses Jahrzehnts durch E-Autos zu ersetzen, die dann auch noch allesamt mit regenerativ erzeugtem Strom samt aufzubauender Infrastruktur betrieben werden müssten.

Dafür fehlen die Fachkräfte und die Ressourcen, vor allem Metalle wie Lithium, Cobalt, Nickel, Kupfer und Aluminium, die in vielfachem Umfang der Erde abgerungen werden müssten. Dies würde die [planetaren Grenzen](#), die ja nicht nur im Bereich Klima überschritten sind, noch weiter als bislang sprengen. Überdies müsste dieser gigantische Hochlauf der Autoproduktion im Wesentlichen mit fossilen Brennstoffen erfolgen. Diese stellen immer noch rund 80 Prozent der Energie zur Verfügung, auch in Deutschland. Womit das Deutschland verbleibende CO₂-Budget allein für die Produktion all dieser E-Autos erheblich [belastet](#) würde.

Gefangene des Wettbewerbs

Es wäre keine Katastrophe, wenn Deutschland sich mit dem Konsumniveau von, sagen wir, 1975 zufriedengeben würde. Damals war das BIP real etwa halb so groß wie heute. Gleichwohl war es menscheitsgeschichtlich unvergleichlich hoch. Die Älteren wissen noch: Nein, damals hat man gewiss nicht gedarbt. Dieses Niveau – kleinere und weniger Autos, kleinere Häuser, weniger Produkte aller Art, keine Wegwerfmode, weniger bis gar keine Flüge usw. – ließe sich auf jeden Fall deutlich leichter dekarbonisieren als das heutige. Klimaminister Robert Habeck müsste weniger vor der „Größe der Aufgabe“, die „galoppierende“ Erderwärmung doch noch aufzuhalten, „erschauern“.

Doch warum sind wir eigentlich so erpicht darauf, uns jedes Jahr ein paar Prozent mehr an Kaufkraft anzueignen, bis zum bislang erreichten Niveau und, nach dem Stand der Dinge, darüber hinaus, endlos? Womit wir die Welt leer kaufen. Ökonominen und Ökonomen wie beispielsweise [Isabelle Schnabel](#), [Volker Wieland](#) oder [Tom Krebs](#) verweisen dabei allen Ernstes darauf, dass „die meisten Menschen es besser finden, mehr zu haben“. Dies würde bedeuten, dass ein BIP-Wachstum von zwei Prozent Ausdruck davon ist, dass die Menschen zwei Prozent mehr an Gütern und Leistungen konsumieren möchten. Und wenn wir in eine Rezession schliddern, möchten sie halt weniger konsumieren.

Vollends absurd wird diese von standardökonomischer Seite angebotene Erklärung dadurch, dass diversen Studien zufolge das Stressniveau in der Arbeitswelt ständig zunimmt. Alle sind am Anschlag. Folgen wir der von Ökonomen verbreiteten Theorie, so müssten die Leute, obwohl das Niveau äußerlichen Wohlstands doch schon gigantisch hoch ist, immer größere Anstrengungen auf sich nehmen wollen, um beständig noch mehr zu konsumieren. Plausibler ist allerdings, dass alle, jedenfalls fast alle, unter Druck stehen, unter Wettbewerbsdruck. Unter Marktbedingungen ist die stets soziokulturell bestimmte Subsistenz nämlich [notorisch prekär](#). Darum müssen wir alle fortwährend und möglichst vorausschauend in unsere „Wettbewerbsfähigkeit“ investieren – und setzen damit andere wiederum unter Druck.

Im Zuge dieses Prozesses, der sich hinter der „verbergenden Hand“ (Jagdish Bhagwati) des Marktwettbewerbs abspielt, zerstört die Menschheit, vor allem ihr wohlhabender Teil, kollektiv den eigenen planetaren Lebensraum. Konsumiert werden die Zuwächse schon. Die einen, die ins Dienstleistungsproletariat abgedrängt wurden, konsumieren ohnehin kaum mehr als ein paar Dekaden zuvor, vielfach weniger. Und die anderen, die High Performer, schaffen es durchaus, sich in der kurzen, ihnen für den Konsum zur Verfügung stehenden Zeit, für den Stress durch Augenblicke des Hochleistungskonsums zu entschädigen – Porsches, Zweitwohnsitze, mal eben auf die Malediven. Und der Rest bewegt sich irgendwo dazwischen.

Allein der demokratische Rechtsstaat könnte einen Ausweg aus der Tretmühle bieten, nämlich durch die Gewährung sozialer Sicherheit einerseits, die regulatorische Bändigung der Angriffe auf die Einkommensposition anderer andererseits. Doch auch die Staaten selbst stehen unter Wettbewerbsdruck. Genauer: Das politische Personal beugt sich diesem Wettbewerbsdruck in willfähriger Weise. Darum wird Klimapolitik, so sie denn überhaupt ernsthaft anvisiert wird, nur betrieben, soweit sie der globalen Wettbewerbsfähigkeit und dem Wachstum des Standortes dienen.

Britische Kriegswirtschaft als Vorbild effektiver und gerechter Klimapolitik

Als Großbritannien ebenfalls mit einer, wenn auch ganz anders verursachten und auch anders gearteten, existentiellen Gefahr konfrontiert war, nämlich von den Nazis überrollt zu werden, hat die, übrigens konservative, Regierung eine Doppelstrategie eingeschlagen: Erstens eine strikt egalitäre Rationierung des Konsums. Dadurch sollte verhindert werden, dass die Reichen den Armen die verknappten Güter vor der Nase wegkaufen. So sollten zweitens die Kräfte frei werden, um die benötigten Militärgüter raschestmöglich herzustellen. Heute müssten es Wärmepumpen, Solarmodule, Windräder, Stromnetze, Speicherinfrastrukturen usw. sein. Die britische Kriegswirtschaft vollzog sich bei einem breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Alle machten mit. Denn alle sahen das Ziel vor Augen, und alle wurden respektiert. Benzin gab es nur noch für „essenzielle Zwecke“ – also beispielsweise nicht mehr für Urlaubsreisen. Der private Automobilverkehr ging [um 95 Prozent zurück](#). Das sind „drastische Maßnahmen“ (OECD) vom Kaliber, wie wir sie brauchen.

Eine solche nach dem Modell einer Kriegswirtschaft ausgerichtete Wirtschaftspolitik, für die beispielsweise die Wirtschaftsjournalistin [Ulrike Herrmann](#) oder der Klimaforscher [Will Steffen](#) plädieren, dürfte die einzige Möglichkeit bieten, den „Abgrund“ (Annalena Baerbock) auf den die Menschheit zurast, doch noch abzuwenden. Das dickste Brett, welches dabei zu bohren ist – und es müsste rasch gebohrt werden – ist die Abkehr des politischen Establishments vom neoliberalen Marktgehorsam. Dies würde auch bedeuten davon

abzurücken, Klimapolitik davon abhängig zu machen, dass sie „der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts“ dient. Die Folge zeigt sich beispielsweise darin, dass der Verkehrsminister das (ohnehin viel zu schwache) Klimaschutzgesetz ignoriert, ohne dass der selbst ernannte „Klimakanzler“ irgendeine Konsequenz zöge.

Auch Expertenrat für Klimafragen fordert Paradigmenwechsel

Weil das Ausbautempo bei den Erneuerbaren „bei weitem“ nicht ausreicht und angesichts der verfügbaren Ressourcen nicht ausreichen kann, um die im Klimaschutzgesetz festgeschriebenen Emissionsminderungsziele zu erreichen, fordert der von ihr selbst eingesetzte [Expertenrat für Klimafragen](#) die Bundesregierung zu einem „Paradigmenwechsel“ auf. Nämlich weg vom alleinigen Fokus auf der Dekarbonisierung des gegenwärtigen „Aktivitätsniveaus“ hin auch zu Maßnahmen der „Aktivitätsreduktion“. Dies stellen den „zweiten wichtigen Wirkraum“ der Klimapolitik dar. Gedacht ist dabei etwa an eine „harte Begrenzung zulässiger Emissionsmengen“, also an Rationierungen.

So müsste beispielsweise die Industrie ihre Dekarbonisierungsanstrengungen verzehnfachen, um die für 2030 gesetzten Minderungsziele zu erreichen. Gelingt ihr dies (erwartbarer Weise) nicht, muss über eine „Reduzierung der industriellen Aktivitäten“ nachgedacht werden. Das klimapolitische „Potential“ einer Verringerung der Wirtschaftstätigkeit zeige sich darin, dass nennenswerte Emissionsreduktionen allein in Zeiten von Wirtschaftskrisen, wie etwa der Finanzkrise 2008 oder der Covid-Rezession 2020, stattgefunden haben. Der Vorteil einer „politischen Steuerung“ läge dabei darin, dass die Verringerung der Wirtschaftstätigkeit im Prinzip so ausgestaltet werden könnte, dass sie auch „verteilungspolitisch tragfähig“ wäre.

Selbst vor dem Hintergrund des eigentlich zu laschen Klimaschutzgesetzes, das eine Erderwärmung von etwa [1,75 Grad](#) erlaubt – und damit weiter ins Kippunktterrain führt –, sind Verbrauchsreduktionen also klimapolitisch alternativlos. Bislang scheint die Botschaft bei den Auftraggebern, der Bundesregierung, allerdings noch nicht angekommen zu sein.

Ulrich Thielemann ist Wirtschaftsethiker und Direktor von MeM, der Denkfabrik für Wirtschaftsethik